



SPD-FRAKTION WANDSBEK SETZT IMPULSE

Nach über zwei Jahren Vorarbeit haben wir unser Projekt **WandsbekImpuls** am 27. April der Öffentlichkeit vorgestellt.

von Anja Quast

Kernthema bezirklicher Politik ist die Stadtplanungs- und Stadtentwicklungspolitik. Dabei ist das tägliche Handeln in den Ausschüssen durch viele Sachzwänge und Zeitdruck geprägt. Es bleibt wenig Gelegenheit, um sich mit Fragen zu beschäftigen: Wie soll Wandsbek 2030 aussehen? Welches Gesicht wollen wir unserem Bezirk geben?

Aus diesem Grund hat sich die SPD-Bezirksfraktion bereits in der vergangenen Legislaturperiode das Hamburger Stadtentwicklungsbüro Urbanista beratend an die Seite geholt und gemeinsam einige strategische Überlegungen für Wandsbek erarbeitet. Am Anfang des Prozesses stand eine umfangreiche Analyse des Ist-Zustandes – unter Berücksichtigung der Sichtweisen der Bürgerinnen und Bürger des Bezirkes. In einem insgesamt mehr als zweijährigen Prozess wurden anschließend die größten Stärken und Schwächen des Bezirkes herausgearbeitet und mögliche Strategien für die Zukunft entwickelt.

Das Ergebnis ist ein Impulspapier, mit dem ein breiter Diskussionsprozess über die Zukunft von Wandsbek angestoßen werden soll – eine fachlich basierte Sammlung von Denkanstößen,

die wir jetzt allen Wandsbekerinnen und Wandsbekern, den verschiedensten Akteuren in Vereinen, Verbänden, Wirtschaft und nicht zuletzt der Verwaltung zur Verfügung gestellt haben.



Zur Präsentation dieses Papiers waren am 27. April ca. 300 Gäste in das alte C&A-Gebäude gekommen, um sich die Ergebnisse unserer Arbeit anzuhören und in einer ersten Runde auch schon eigene Vorschläge für die Gestaltung des Bezirkes zu entwickeln. Dass unser Gesprächsangebot so rege angenommen wurde, freut uns sehr. Das große Interesse beweist, dass visionäres Denken auch in der Stadtplanungspolitik wichtig ist. Gerade die grundsätzlichen Überlegungen zur Entwicklung eines Bezirkes können auf diese Art und Weise frühzeitig mit den Bürgerinnen und Bürger rückgekoppelt werden.

In einer Talkrunde mit Prominenten wurden auf der Veranstaltung die wesentlichen Strategien und Argumente

des Papiers einem ersten Test auf ihre Standhaftigkeit unterzogen. Dabei wurde durchaus kontrovers diskutiert. Hierdurch haben wir schon einen ersten Eindruck davon bekommen, auf was wir bei der Umsetzung der Ideen achten müssen. Erstaunlich viele Besucher der Veranstaltung hatten ein so großes Bedürfnis, ihre eigenen Ideen einzubringen, dass sie bis zum Schluss blieben und in Arbeitsgruppen zu den Schwerpunkten des Papiers eigene Vorstellungen für die zukünftige Gestaltung des Bezirkes entwickelten. Diese Vorschläge wurden gesammelt und werden jetzt in einem Online-Dialog unter www.wandsbekimpuls.de zur Diskussion



gestellt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger haben dort die Gelegenheit, noch weitere Vorschläge einzubringen und „fremde“ Ideen zu bewerten, dieses Verfahren ist durch das Stadtplanungsinstitut urbanista mit der Plattform www.nexthamburg.de schon erprobt. Wir sind gespannt, wie sich die Ideen in unserem Impulspapier in der Zukunft entwickeln werden und welche neuen Vorschläge von den Bürgerinnen und Bürgern noch in die Diskussion eingebracht werden und laden alle herzlich dazu ein, sich an der Zukunftsdiskussion über unseren riesigen Bezirk Wandsbek zu beteiligen.



**HAMBURG
GERECHTER
MACHEN –
OHNE NEUE
SCHULDEN**

4. Juni, 19 Uhr

*Gemeindesaal
St. Marien
Am Hasenberge 44
22337 Hamburg
(U-/S-Bahn Ohlsdorf)*

Es nehmen teil:
Detlef Scheele
Sozialsenator

Melanie Leonhard
familienpolitische
Sprecherin der SPD-
Bürgerschaftsfraktion

Jens-Peter Schwieger
arbeitsmarktpolitischer
Sprecher der SPD-
Bürgerschaftsfraktion

Moderation
Inka Damerau
stv. Landesvorsitzende
der Hamburger SPD

Wegen der besseren
Planbarkeit wären wir
dankbar über eine
Rückmeldung an
anika.habersaat@spd.de

Wir freuen uns
auf eine interessante
Veranstaltung!



Liebe Genossinnen und Genossen,

beim diesjährigen Hafengeburtstag wurde wieder deutlich, weshalb Hamburg auch das „Tor zur Welt“ genannt wird. Hunderttausende Besucher konnten Schiffe aus vielen verschiedenen Ländern bewundern und das internationale Flair rund um die Kaimauern des Hamburger Hafens genießen. Wir können stolz sein auf unsere vielfältige, tolerante und weltoffene Metropole.

Und Hamburg soll auch eine Stadt mit einer echten Willkommenskultur sein. Mit der im vergangenen Jahr gestarteten Einbürgerungsinitiative wenden wir uns direkt an die 137.000 Bürgerinnen und Bürger Hamburgs mit ausländischer Herkunft, die möglicherweise die Voraussetzung für eine Einbürgerung erfüllen. Und das Interesse ist groß: In den zurückliegenden sechs Monaten ist die Zahl der Beratungsgespräche und der Einbürgerungsanträge deutlich angestiegen. Wenn sich viele Bürger mit Einwanderungshintergrund für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden, ist das ein Gewinn für die Stadt und der beste Beitrag zur Integration.

Am 2. Juni ist die ganze Stadt gefordert, die kulturelle Vielfalt zu verteidigen. Rechts-extreme wollen Hamburg an diesem Tag als Bühne für die Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ansichten nutzen. Wir werden ein Zeichen dagegen setzen. Mit dem breiten Bündnis „Hamburg bekennt Farbe“ treten wir gemeinsam den Extremisten entgegen. Senat und Bürgerschaft, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Sport- und Migrantenvereine werden zeigen, dass Hamburg bunt ist und nicht braun. Hamburg ist eine offene und an Neuem interessierte Stadt. Dieses Signal soll am 2. Juni von der großen Kundgebung auf dem Rathausmarkt ausgehen. Auch unsere Partei ruft dazu auf. Und ich wünsche mir sehr, dass viele Genossinnen und Genossen dabei sind, wenn Hamburg „Farbe bekennt“.

Euer

Olaf Scholz



Bericht aus dem Rathaus

GUTE ENTSCHEIDUNG FÜR DEN STANDORT HAMBURG

Die parlamentarische Sommerpause steht kurz bevor und das bietet Gelegenheit, einen Blick zurück zu werfen auf die vergangenen Wochen und Monate. Viele wichtige Entscheidungen hat die Bürgerschaft in jüngster Zeit auf den Weg gebracht – begleitet von sehr intensiven und teils auch kontroversen Beratungen im Parlament und den Ausschüssen.

So ist mit dem Beschluss zum Anteilsverkauf an den drei Netzgesellschaften jetzt der Weg frei für Hamburgs Einstieg in die Energiewende. Während die Bundesregierung außer wohlfeilen Ankündigungen noch nichts zustande gebracht hat und der zuständige Minister gerade seinen Hut nehmen musste, geht die Hansestadt hier mit großen Schritten voran. Es wäre aus Sicht der SPD-Fraktion ein schwerer Fehler, die Energiepolitik von staatlicher Seite einfach so laufen zu lassen. Wir brauchen einen strategischen Einfluss auf die Energiewirtschaft, um die Energiewende zu bewerkstelligen. Genau dafür ebnen die Verträge mit Vattenfall und E.ON-Hanse jetzt den Weg. Denn die Kooperation mit den Energieversorgern geht deutlich über die Möglichkeiten hinaus, die mit einer alleinigen 25,1-Prozent-Beteiligung erreicht werden könnten: Die Unternehmen haben sich der Stadt gegenüber verpflichtet, in den kommenden Jahren rund 1,6 Milliarden Euro in moderne Energieerzeugung und -nutzung zu investieren. Damit wird eine moderne Energieerzeugung im großen Stil möglich, um gerade auch die rasant wachsenden Erneuerbaren Energien nutzen zu können. Hamburg übernimmt hier eine Vorreiterrolle. Zugleich wurde durch die vereinbarte Garantiedividende und Regelungen zu nachträglichen Anpassungen ein hohes Maß an finanzieller Sicherheit für die Stadt erreicht. Die SPD-Fraktion hat außerdem mit einer eigenen Initiative dafür gesorgt, dass Hamburgs Energiewende auf breiter gesamtstädtischer Basis vollzogen werden soll – zum Beispiel durch die Einrichtung von Expertengremien sowie einem intensiven Bürgerdialog. Wie die Bundesregierung ist auch die versammelte Opposition hier in Hamburg völlig uneinig, wie die Energiewende aussehen kann. Die einen wollen null Prozent Netzanteil, die anderen einen Kompletttrückkauf mit unabsehbaren, finanziellen Risiken. Dennoch formierte sich von links bis rechts eine merkwürdige Koalition der „Nein-Sager“, die in dieser Frage einzig der Wille einte, eine politische Entscheidung zu verzögern oder mit Verfahrensfragen zu blockieren.

Ein ähnliches Verhalten hatten CDU und Grüne zuvor bereits bei der Frage um die Aufstockung des städtischen Engagements bei Hapag-Lloyd an den Tag gelegt. Über viele Wochen hat die Bürgerschaft dieses Thema sehr intensiv beraten und anstatt hier inhaltlich klar Position zu beziehen, wurden vor allem parlamentarische Verfahrens- und Formfragen ins Feld geführt. Für die SPD-Fraktion dagegen ist der Ende März beschlossene Erwerb von weiteren Anteilen an Hapag-Lloyd im Sinne einer guten

und nachhaltigen Standortpolitik die richtige Entscheidung. Denn der volkswirtschaftliche Schaden, den Hamburg bei einem Ausverkauf von Hapag-Lloyd erleiden würde, übersteigt deutlich das finanzielle Risiko, das die Stadt mit diesem Engagement einget. Dieser Argumentation hat sich auch die Fraktion der LINKEN angeschlossen und dem Beschluss in der Bürgerschaft zugestimmt.

G e t r e u
dem Motto:
A b s o l u t e
Mehrheit ist
nicht gleich-
bedeutend
mit absoluter
W a h r h e i t
setzt die SPD-
Fraktion auf
einen an-
ständigen
und kooperativen



Foto: Hamburgische Bürgerschaft

Um-
gang mit der Opposition. So wurde die Verankerung der Schuldenbremse in die Hamburgische Landesverfassung gemeinsam mit den Grünen und der FDP auf den Weg gebracht, die Reform der direkten Demokratie sogar im Einvernehmen mit allen Fraktionen in der Bürgerschaft. Diese Beispiele aus den letzten Monaten machen deutlich, dass es der SPD-Fraktion bei wichtigen Entscheidungen auch immer wieder gelingt, andere Fraktionen mit ins Boot zu holen.

Wenn der parlamentarische Betrieb Anfang August wieder startet, dann werden vor allem die Beratungen für den Doppelhaushalt 2013/14 im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen stehen – das wird für alle kein leichter Gang. Dass angesichts einer Verschuldung von 28 Milliarden Euro, jährlichen Zinszahlungen von gut einer Milliarde Euro und der Verpflichtungen der Schuldenbremse eine strikte Ausgabendisziplin und Begrenzung von Mehrausgaben notwendig ist, leuchtet vielen abstrakt ein. Nur jetzt wird es konkret und da wird es auch Widerstände geben. Deshalb ist es umso wichtiger, dass bei allen notwendigen Konsolidierungsentscheidungen auch bedacht wird: Wie gestalte ich die Umsteuerung? Wie flankiere ich sie? Wie begründe ich sie? Wie beziehe ich die Betroffenen klug mit ein? Konsolidieren mit Köpfchen statt kopflosem Sparen – diesem Grundsatz wird die SPD-Bürgerschaftsfraktion auch in den kommenden Monaten folgen.

Rückschau und Ausblick zeigen, dass die Abgeordneten der Bürgerschaft einige Wochen sitzungsfreie Zeit gut vertragen können. Aber auch in den Sommerferien wird die SPD-Fraktion nicht ganz untätig sein. Wie bereits im vergangenen Jahr, so gehen auch in diesem Sommer die Abgeordneten wieder auf Sommertour in die 17 Wahlkreise, um vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Berlin direkt

von Ingo Egloff

SOZIALES MIETRECHT ERHALTEN

Hamburg teilt mit anderen deutschen Großstädten ein Problem: Der knappe Wohnraum lässt die Mieten durch die Decke schießen, viele Innenstadtbewohner ziehen in Randbezirke, weil sie sich ihren angestammten Lebensraum nicht mehr leisten können. Das Schlagwort „Gentrifizierung“ bezeichnet diese Verdrängung, wie sie in St. Georg und St. Pauli in besonders heftiger Weise stattfindet.

Auch Modernisierungen, selbst sinnvolle energetische Gebäudesanierungen, tragen zum rasant gestiegenen Mietniveau bei. Wir wollen das nicht mehr hinnehmen. Die SPD stemmt sich gegen die Spaltung der Gesellschaft in betuchte Innenstädter und abgehängte Stadtrandbewohner. Wir haben einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der eine Begrenzung der Mieterhöhungen fordert – 15 Prozent in vier statt wie bisher 20 Prozent in

drei Jahren – und bei Wiedervermietungen erstmals eine Grenze einzieht, nämlich auf zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Bei energetischen Gebäudesanierungen und Modernisierungen reduzieren wir die umlagefähige Summe von derzeit elf auf neun Prozent, und wir wollen beim sogenannten „Contracting“ dafür sorgen, dass der Anbieterwechsel bei der Energieversorgung nur stattfinden darf, wenn dabei günstiger und effizienter gewirtschaftet wird. Nur so können wir der Fehlentwicklung entgegensteuern und Pariser Verhältnisse vermeiden, wo Arbeiter, Angestellte und kleine Handwerksbetriebe systematisch aus der Stadt in die Banlieues verjagt wurden, in denen heute die sozialen Probleme zu besichtigen sind. Wir wehren uns auch gegen den diese Woche nach anderthalb Jahren Ankündigung vom Kabinett beschlossenen Gesetzentwurf



der Justizministerin, der die soziale Komponente vollkommen ignoriert und sogar noch in die andere Richtung marschiert: Mietminderungen will er für unzulässig erklären, wenn sie wegen energetischer Gebäudesanierungen geltend gemacht werden, und dem aufgeblasenen Scheinproblem der Mietnomaden begegnet er durch Einschränkung traditioneller Mieterrechte – nicht mit uns!

TERMINE

2. Juni, 11 Uhr

HAMBURG BEKENNT FARBE – FÜR DEMOKRATIE, TOLERANZ UND VIELFALT!

Rathausmarkt

7. Juni, 19 Uhr

SENATOR VOR ORT

mit Sozialsenator **Detlef Scheele** zum Thema „Zukunft der Sozialsysteme in Hamburg“

Jenfeld-Haus | Charlottenburger Str. 1

9. Juni, 9.30 Uhr

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG DER SPD HAMBURG

Congress Center Hamburg | Saal G

10. Juni, 10–15 Uhr

TRADITIONELLER FLOHMARKT DER SPD FLOTTBEK-OTHMARSCHEN

Flottbeker Marktplatz

11. Juni, 19.30 Uhr

SENATOR VOR ORT

in Eimsbüttel mit Wirtschaftssenator **Frank Horch** zum Thema „Hamburgs Wirtschaftsmotor: Der Hafen“

12. Juni, 19.30 Uhr

OLAF SCHOLZ IM GESPRÄCH

in Harburg-Süderelbe
Bildungs- und Gemeinschaftszentrum Süderelbe, Am Johannisland 2–4, Direkt am S-Bahnhof Neugraben

15. Juni, 19 Uhr

SENATOR VOR ORT

in Bergedorf mit Schulsenator **Ties Rabe** zum Thema „Migranten und Bildung – Integration beginnt früh!“
Gewerkschaftszentrum Bergedorf, Serahnstraße 1

17. Juni, 11 Uhr

NAHDRAN – DER TALK AM SONNTAG

mit Finanzsenator **Dr. Peter Tschentscher** und **Dr. Joachim Seeler**
Kurt-Schumacher-Haus
Kurt-Schumacher-Allee 10

19. Juni, 19.30 Uhr

OLAF SCHOLZ IM GESPRÄCH

in Eimsbüttel
Gymnasium Dörpsweg | Dörpsweg 10

19. Juni, 19.30 Uhr

SENATORIN VOR ORT

in Altona mit Kultursenatorin **Prof. Babara Kisseler** zum Thema „Kulturpolitik in Hamburg“
Altonaer Museum | Museumstraße 23

21. Juni, 18 Uhr

FORUM INTERNATIONALE POLITIK

Deutsche Außenpolitik und die Schwellenländer am Beispiel Brasilien
Kurt-Schumacher-Haus
Kurt-Schumacher-Allee 10
mit **Niels Annen**, Mitglied des SPD-Parteivorstands

NAHDRAN

Informationen für unsere Mitglieder aus erster Hand

Exklusiv und ganz NahDran am politischen Geschehen – das wollen wir unseren Mitglieder bieten: Diskussionen mit politischen Entscheidungsträgern in entspannter Sonntagsmorgenatmosphäre!

Die ersten beiden Veranstaltungen der neuen Reihe im Februar mit Schulsenator Ties Rabe und im April mit Umweltsenatorin Jutta Blankau waren gut besucht und ein voller Erfolg.

Natürlich waren vor allem die Themen „Ganztagsschule“ und „Netzkauf“ ganz oben auf der Agenda! Nach einführenden Worten zur aktuellen Politik der beiden Behörden gab es nicht nur viele Fragen seitens der jeweils etwa 50 Anwesenden, sondern auch viele fachkundige Beiträge und Anregungen – kein Wunder, denn die Genossinnen und Genossen sind ja auch Erzieher und Lehrerinnen, Eltern,

Stromverbraucher, Betriebsrätinnen, usw.

„Das hier ist für mich so etwas wie eine politische Fortbildung“, so eine Teilnehmerin, „man kann in Ruhe noch mal alle Infos anhören, nachfragen und sich ein Gesamtbild machen!“ Genau – so soll es sein!

Und auch die prominenten Gäste profitieren von den Gesprächen, weil es hier Rückmeldungen zu vielen Politikfeldern gibt und die Themenbereiche, in denen noch Überzeugungsarbeit geleistet werden muss, deutlich werden.

Die beiden Veranstaltungen haben Lust gemacht auf mehr Diskussionen mit unseren „Insidern“ – als nächster ist am **17. Juni 2012, 11 Uhr** Finanzsenator Peter Tschentscher zu Gast! Schuldenbremse, Schwerpunkte im Haushalt, veränderter Einsatz von Mitteln – es gibt viel zu diskutieren. **Wir sehen uns!**



Europa aktuell

Wir haben in einigen europäischen Ländern bis zu 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, im Durchschnitt über 20 Prozent – das ist ein Negativrekord. Wächst eine Generation von Jugendlichen ohne Perspektive auf, droht die innere Zersetzung einer ganzen Gesellschaft. Daher brauchen wir einen Rettungsschirm für die Jugendlichen Europas mit mindestens der gleichen Priorität und Intensität wie für die Banken.

Angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit fordern wir europäischen Sozialdemokraten eine „Europäische Jugendgarantie“. Dies ist Teil der EU-Strategie für mehr Investitionen. Die SPE-Kampagne trägt den Titel „Deine Zukunft ist meine Zukunft – Jetzt eine Europäische Jugendgarantie!“

Die Garantie basiert auf bestehenden Programmen in Österreich und Finnland, wo die nationalen Behörden

einschreiten, um Jugendliche nach vier Monaten Arbeitslosigkeit unter die Arme zu greifen. Jugendarbeitslosigkeit kostet Europa jährlich 100 Milliarden Euro. Eine Garantie würde lediglich 10 Milliarden Euro kosten.

Alleine bis zum Jahr 2013 stehen noch 82 Milliarden Euro Fördergelder in den Strukturfonds zur Verfügung, die zwar eingeplant, aber bisher noch nicht abgerufen sind. Dieses Geld könnte eine hervorragende Verwendung in Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit finden. Wir müssen für Wachstum sorgen das geht nicht mit Sparen allein.

Eine Perspektive für Jugendliche in Europa. Ich bin dafür!

Eurer Knut
Fleckenstein



KOMM ZUM NEUMITGLIEDERTAG!

SAMSTAG, 23. JUNI 2012

10–16 UHR

KURT-SCHUMACHER-HAUS

Woher kommt die Hamburger SPD?
Wie funktioniert die Partei?
Was erwarte ich von meiner Mitgliedschaft?

Ein Tag nur für Dich.
Diskutiere mit, tausch' Dich aus, lerne neue Leute kennen!

Für Fragen erreichst Du uns unter
Telefon 280 84 80.

Wir freuen uns auf Dich!

WILLKOMMEN IN DER SPD!

EINE PERSÖNLICHE EINLADUNG FOLGT!

Impressum

Herausgeber
SPD-Landesorganisation
Hamburg

V.i.S.d.P.
Karin Timmermann

Redaktion
Lars Balcke
Benedikt Schaumann

Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe
15. Juni 2012

Anschrift
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg